

Rede Christine Böttcher in der Stadtvertretung am
06.11.2018

TOP 13 „Angebot zur Flüchtlingshilfe“



Fraktion in der Stadtvertretung Norderstedt

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin, sehr geehrte Frau
Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte
Gäste.

Den vorliegenden Antrag stellen wir gemeinsam mit der Fraktion DIE
LINKE sowie Herrn Thomas Thedens von den Freien Wählern. Damit
rücken wir ein Thema in die Stadtvertretung Norderstedts, das uns alle in
den heißen Sommermonaten auf vielfältigen Nachrichtenkanälen erreicht
haben dürfte.

Tagelang irrte der Seenotretter „Lifeline“ mit 233 geretteten Schiff-
brüchigen und 17 Crewmitgliedern an Bord auf der Suche nach einem
sicheren Hafen durch das Mittelmeer. Die ablehnende Haltung der
möglichen Aufnahmeländer hat mich persönlich sehr bewegt, aber auch
sprachlos gemacht. Die „Lifeline“ ist eines der 12 Schiffe, die im
Mittelmeer kreuzen, um Menschenleben zu retten. Menschen, die immer
noch vor Krieg, Diskriminierung, Folter, Verfolgung, Vergewaltigung,
Hunger und anderen schrecklichen Umständen aus ihrer Heimat flüchten
und die waghalsige Flucht über das Meer auf sich nehmen. Das Schiff
durfte erst nach fast 1 Woche im Hafen von Malta einlaufen, unter der
Bedingung, dass andere europäische Länder die Aufnahme der
Geretteten garantierten.

Die privaten Nichtregierungsorganisationen, wie z.B. „Mission Lifeline“
oder „Ärzte ohne Grenzen“ sind im Mittelmeer mit ihren Schiffen
unterwegs. Mit der Aufnahme in Seenot geratener Geflüchteter im
offenen Meer setzen sie geltendes Seerecht um. Trotzdem steht zu
befürchten, dass ihnen ein ähnliches Schicksal droht, wie der „Lifeline“ im

Sommer dieses Jahres. Das belegt ein weiteres Beispiel: Dem Schiff „Aquarius“ von Ärzte ohne Grenzen wurde nicht nur das Einlaufen in einen italienischen Hafen untersagt, sondern es wurde sogar vom Staat Panama ausgeflaggt, unter dessen Flagge es bisher fuhr.

All diese Meldungen schwappten im zurückliegenden Sommer ins heiße Deutschland. Hier erklärten sich in der Folge immer mehr Städte bereit, den geretteten und besonders schutzbedürftigen Menschen humanitäre Hilfe anzubieten und sie aufzunehmen. Die Aktionen „Hamburg – sicherer Hafen“ und „Kiel grüßt Seebrücke“ im September dieses Jahres sind nur zwei Beispiele dafür, dass für den Großteil der Zivilbevölkerung Seenotrettung nicht nur Seerecht ist, sondern auch menschliche Verpflichtung.

In den darauffolgenden Wochen konnten wir Zeuge zahlreicher Demonstrationen werden, bei denen sich bundesweit hunderttausende couragierter Menschen zusammenschlossen, um wichtige Signale zu setzen: für Humanität, für Solidarität, gegen rechts, gegen Rassismus. An dieser Stelle sei nur an die „#wirsindmehr-Bewegung“ und an die #Unteilbar-Demonstration in Berlin mit über 240.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern erinnert.

Bei der Vorbereitung dieses Antrages wurde ich unter anderem mit den Fragen konfrontiert: „Was hat das mit Norderstedt zu tun?“ und „Ist das ein kommunalpolitisches Thema?“ Wir Grüne sagen: Ja! Natürlich ist das hier ein Thema, natürlich geht uns das was an! Pause.

Es geht uns was an, weil humanitäre Hilfe nicht an Norderstedts Ortseingangsschildern endet. Es geht uns was an, weil wir nicht wollen, das Hilfesuchende im Mittelmeer, das wir doch alle so gern bereisen, ertrinken. Es geht uns was an, weil wir hier in der Stadtvertretung im März vor drei Jahren verabredet haben, für Menschen einzutreten, die unseren Schutz suchen und unserer Hilfe bedürfen. Es geht uns was an, weil wir uns stark machen für unsere Demokratie, für unsere Freiheit und für unseren friedlichen Zusammenhalt. Es geht uns was an, weil unsere

Stadt weltoffen, tolerant und solidarisch ist. Es geht uns was an, weil wir uns gegen dumpfe Vorurteile und Fremdenhass wenden.

Mit der Zustimmung zu unserem Antrag, erneuern wir, die Norderstedter Stadtvertretung, unser Versprechen aus dem März 2015. Diese Stadt, ihre Mitarbeiter- und Mitarbeiterinnen, die Betreuer- und Betreuerinnen in den städtischen Unterkünften, das Willkommen-Team, wir Kommunalpolitiker- und Kommunalpolitikerinnen sowie viele Bürgerinnen und Bürger Norderstedts haben in den letzten Jahren bewiesen, dass wir Menschlichkeit, Solidarität und Nächstenliebe leben wollen und können.

Unser Antrag unterstützt das frühe Reagieren des Kieler Landtages, der auf Betreiben der Jamaika-Koalition bereits Anfang Juli dieses Jahres das sog. „Landesaufnahmeprogramm“ für 500 besonders schutzbedürftige Personen mit überwältigender Mehrheit im Landtag beschlossen hat.

500 Menschen von weltweit ca. 68 Millionen Menschen auf der Flucht....

500 Menschen auf knapp 2,9 Millionen Schleswig-Holsteiner/innen....

Aus den engagierten Reden zu diesem Landtagsbeschluss, möchte ich beispielhaft nur aus einer zitieren, nämlich aus der unseres Innenministers, Hans-Joachim Grote.

Zitat „Wissen Sie, mich hat in den letzten Tagen und Wochen sehr gestört, dass Flüchtlinge abstrakt als Menge dargestellt werden und ich habe fast das Gefühl – entschuldigen Sie, wenn ich das sage -, für manche werden Flüchtlinge zur Sache. Flüchtlinge sind Menschen. Sie haben einen Namen, und sie haben Freunde. Wir in Schleswig-Holstein sprechen bewusst nicht von einer anonymen Menge Flüchtlinge. Ich finde das richtig, denn diese haben Namen ...“ Soweit Herr Grote.

Sein Gedankengang stützt eine der wichtigsten Leitplanken zu unserem Antrag: Im Mittelpunkt steht der Mensch und nicht etwa der Schutz der Außengrenzen Europas, der Deutschlands und die damit verbundene Abschottung.

Der Landtag beruft sich bei seinem Vorgehen auf den § 23 Absatz 1 des Aufenthalt Gesetzes, wonach er in Abstimmung mit dem Bundesinnenministerium Zitat aus dem Gesetz: „...aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen anordnen kann, dass Ausländern aus bestimmten Staaten oder in sonstiger Weise bestimmten Ausländergruppen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden kann (...)“ Zitatende.

Sie sehen also, auch der rechtliche Rahmen wird hier gewahrt. Und um im Bild zu bleiben: Mit im Boot ist auch das UNHCR, das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, das die verantwortungsvolle Aufgabe übernommen hat, diese 500 Menschen auszuwählen.

Und an dieser Stelle gebe ich nochmal eine Antwort auf die Frage: „Ist das ein kommunalpolitisches Thema?“ Meine Fraktion und ich meinen Ja! Wenn wir unseren Beitrag dazu leisten können, einen Teil der Geflüchteten auch hier in Norderstedt aufzunehmen, dann tun wir das. Diese Stadt verfügt über entsprechende UnterkunftsKapazitäten, gut entwickelte Strukturen und über das Knowhow.

Meine Damen und Herren, mit der Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag zeigen Sie den Mut, die Haltung, die Hilfsbereitschaft und Humanität, die Norderstedt als weltoffene Stadt auszeichnen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.